

M i l l a b a d e r Tagblatt

Enztalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enztal

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertags. Bezugspreis monatlich 1,20 RM, frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im Inlande 1,30 RM. Einzelnummer 10 Pf. — Girokonto Nr. 10 bei der Oberpostdirektion Wiesbaden. — Redaktion: Enzthalweg 14, Wildbad. — Druck: Verlag u. Verantw. Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Schw., Wilhelmstr. 86, Tel. 479. — Wohnung: Villa Hubertus

Nummer 14

Februars 479

Donnerstag den 18. Januar 1934.

Februars 479

69. Jahrgang.

Vom Ersten zum Dritten Reich

(Zum Tag der Reichsgründung am 18. Januar)

Von Oberst a. D. Immanuel

Unter dem Ersten Reich versteht man, geschichtsgerecht betrachtet, das deutsche Königtum und das Heilige Römische Reich deutscher Nation von seinem Glanz unter den Geschlechtern der Sachsen und Staufer bis zu dem in die Neuzeit hineinragenden mittelalterlichen Schattengebilde, das unter den Stürmen der napoleonischen Kriege still erlosch. Das Zweite Reich schuf Bismarck auf den Schultern Preußens, indem er König Wilhelm I. zur Vorherrschaft in Deutschland führte. So fand die Ohnmacht deutscher Zerissenheit und Kleinstaaterei ein Ende. Nachdem auf den Siegesfeldern in Frankreich der deutsche Nationalstaat, den es bis dahin noch nie gegeben hatte, im Donner der Schlachten geschmiedet worden war, wurde am 18. Januar 1871 im Schloß zu Versailles das neue Reich ausgerufen. Was damals an nationaler Einheit nach harten inneren Kämpfen errungen wurde, war nach Bismarcks Urteil das Höchstmögliche des Erreichbaren. Mußten doch die Stammesrechte der Länder geschont, der föderative Bundesstaat als Grundlage der Reichseinheit hingenommen werden. Gleichwohl bedeutete der Staatsbegriff des Reiches auch in dieser Form einen Fortschritt von entscheidendem Wert, eine durchgreifende Wendung in der Geschichte der Deutschen, die an Unglück reicher als an Glück gewesen ist, denn ein Grundgesetz des deutschen Schicksals scheint es seit Urzeiten zu sein: Deutschland ist stark und groß, wenn es sich einig zeigt, es fällt, sobald innerer Hader es zerklüftet.

So hat das deutsche Volk von heute das Recht und die Pflicht, sich der Gründung des Zweiten Reiches dankbaren Herzens zu erinnern, als „die Deutschen Fürsten und Freien Städte“ dem König von Preußen als deutschem Kaiser zuzubekennen. „Uns aber und unseren Nachfolgern an der Kaiserkrone“, verkündete Wilhelm I., „wolle Gott versehen, allezeit Mehrer des Deutschen Reiches zu sein, nicht an kriegerischen Eroberungen, sondern an Gütern und Gaben des Friedens auf dem Gebiete nationaler Wohlfahrt und Gerechtigkeit.“ Was der Kaiser erhofft hatte, ist in Erfüllung gegangen. Auf dem Boden nationaler Einheit baute sich das neue Reich aus, um Gedeihen und Blüte im Inneren, Ansehen und Macht nach außen hin zu erlangen. Drei Kaiser hat das Zweite Reich gehabt: Wilhelm I., der bis ins höchste Alter hinein die Früchte seiner Lebensarbeit tosen sah, die nur wenige Wochen zählende Zwischenzeit Kaiser Friedrichs, die rund drei Jahrzehnte währende Herrscherzeit Wilhelms II., dem die Vollendung der Aufgabe zufiel, Deutschland zum Rang einer Weltmacht emporzuführen.

Abgesehen von der Dauer der einzelnen Herrscherzeiten, gliedert sich das Zweite Reich in zwei Abschnitte, die durch den Rücktritt Bismarcks im März 1890 abgegrenzt werden. Zwar stand auch der zweite Abschnitt unter dem Eindruck der Tat Bismarcks, der „Germania in den Sattel gehoben hatte, damit sie selbst in eine große Zukunft hinausreiten sollte“. Allein es bestätigte sich die Erfahrung, daß es leichter ist, etwas im Sturme zu erobern, als es unter wachsenden Schwierigkeiten zu behaupten und zu erweitern. Wurde Bismarck im Kampfe gegen den Parlamentarismus, der im Kulturkampf und später im Ringen mit dem aufsteigenden Marxismus zum Ausdruck kam, auf harte Proben gestellt, so traten unter den minderstarken Nachfolgern des Eiserernen Kanzlers Hemmungen zutage, die auf drohende Gefahren deuteten. Die bedenklichste Trübung äußerte sich darin, daß in dem neuen Nationalstaate die Arbeitermassen durch den Marxismus, der sich mit einem verflachenden Liberalismus paarte, innerlich mehr und mehr in den internationalen Klassenkampf hineingetrieben und dem völkischen Gedanken entfremdet wurden.

Als der Weltkrieg, nicht hervorgerufen durch deutsche Schuld, dem deutschen Volke das Schwert zum Entscheidungskampfe in die Hand drückte, erlebte das Reich im August 1914 seine stolze Geschichte der Stunde seit dem Tage der Reichsgründung vom 18. Januar 1871. „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur Deutsche“, durfte Wilhelm II. mit berechtigter Zuversicht sagen. Eine Einigkeit, ein Opferwille hatte das deutsche Volk aller Schichten bis in die Tiefe ergriffen. Die Schulung der allgemeinen Wehrpflicht zeigte ihre kraftvollen Früchte. Sie hat Deutschland befähigt, dem Andrang der vielfach überlegenen Feinde mehr als vier Jahre lang standzuhalten, — ein Wunder in der Geschichte aller Zeiten.

Tagespiegel.

Am heutigen Donnerstag gedenkt ganz Deutschland des Reichsgründungstages, der zum 63. Mal begangen wird.

Die Antwort der Reichsregierung auf die Einladung nach Genf ist nun beim Völkerbund übergeben worden. Deutschland kann der Einladung keine Folge leisten.

Die bisherige Saarregierung wurde vom Völkerbundsrat wiedergewählt, im übrigen häufen sich in Genf die Versuche, den Völkerbundsrat zu besonderen Maßnahmen im Saargebiet zu drängen.

Der englische und der französische Außenminister sind am Mittwochabend gemeinsam von Paris aus nach Genf gefahren.

Ueber die Erdbebenkatastrophe in Indien werden neue Einzelheiten veröffentlicht. Die Zahl der Opfer ist viel größer als anfangs angenommen wurde.

Ueber die Arbeitsplanung im Arbeitsdienst wurden durch den Gauarbeitsführer Tholens Einzelheiten bekannt gegeben.

Allein der Warm sah in dem Eichenstamme, der uns selbst als unzerstörbar gegolten hatte. Von Rot und Glend zerrüttet und zermüdet, geriet das deutsche Volk unter den Einfluß des Marxismus, seiner Willkür und aller, die aus dem Zusammenbruch schätzbaren Vorteil zu ziehen hofften. Die deutsche Seele wurde vergiftet: Das Novemberverbrechen von 1918 lieferte das Zweite Reich dem Haß der Kriegsfeinde und der Bolschewiken aus.

Ueber die Zwischenzeit vom November 1918 bis zum Ausbruch des Dritten Reiches, über die Epoche deutscher Schmach und Unehre, sei hier kein überflüssiges Wort verschwendet!

Das Dritte Reich begann mit der Uebernahme der Kanzlerschaft durch Adolf Hitler am 30. Januar 1933 und wurde durch das Volksurteil vom 12. November 1933 gekrönt. Die vierzehnjährige Zwischenzeit war der Uebergangs- und Entwicklungszustand, hart und opferreich an Prüfungen, aber zugleich die Stufe, die durch die beherrschende Arbeit der berufenen Männer das deutsche Volk zur Selbsterkenntnis und auf die Bahn der Neuordnung führte. Nationale Gestinnung, wahrhafte Volksgemeinschaft, Souveränität im Staate nach jeder Richtung hin, arisch-christliche Lebensauffassung, Führertum, Wehrwille sind die Grundpfeiler des neuen Reiches im Kampfe gegen den Marxismus und Bolschewismus, gegen verflachten Parlamentarismus, gegen pazifistischen Liberalismus, gegen Aundeutschtum, gegen die Ketten des Versailler Schmachtfriedens. Der Umschwung ist eingeleitet, der Aufbau wird unaufhaltsam fortschreiten.

Adolf Hitler hat die Frage, ob Monarchie, ob Republik mit der Bemerkung abgelehnt: „Sie ist nicht zeitgerecht, es geht um Deutschland als Ganzes und als solches.“ So gestaltet es das Bekenntnis zum Dritten Reich, das bereits die Herzen und Hände Alldeutschlands restlos gewonnen hat, am 18. Januar 1934 jener ergreifenden Stunde vom 18. Januar 1871 in Treue und Dankbarkeit zu gedenken. Nach Art der alten Germanen, die ihren Stammesführer unter dem Kirren der Waffen als Herzog auf die Schilde erhoben, haben die Krieger im Saale von Versailles als Vertreter des Volkes das Kaiserthum des Zweiten Reiches ausgerufen. Hat sich auch durch das Dritte Reich vieles an ihm geändert und wird noch manche Neugestaltung eintreten müssen, so steht doch der Grundgedanke fest: „Deutsche seid deutsch, seid sozial, seid einig, seid wehrhaft!“ Dann ist das Dritte Reich die ebenbürtige Weiterbildung des Zweiten auf der Bahn gesunder und zukunftsreicher Entwicklung.

Deutschland geht nicht nach Genf

Klare Situation in der Saarfrage

Es kann jetzt keinem Zweifel mehr unterliegen, daß der in der Montag-Sitzung des Völkerbundsrats vom französischen Vertreter Massigli an die deutsche Reichsregierung gerichteten Einladung, an den gegen Ende dieser Woche stattfindenden Beratungen über die Durchführung der Saarabstimmung im Völkerbundsrat teilzunehmen, keine Folge geleistet werden wird.

Es ist von vornherein nicht anzunehmen, daß die Einladung Massigli ernst gemeint war. Frankreich wird sich sicherlich keine Sorgen darüber gemacht haben, daß und

wie Deutschland Gelegenheit bekommen soll, seine Auffassung von dem weiteren Lauf der Dinge im Saargebiet zum Ausdruck zu bringen, zumal über diese Auffassung, die eindeutig und gradlinig klar ist, nirgends der mindeste Zweifel bestehen kann. Noch ehe man in Deutschland dazu Stellung nehmen konnte, hat das Ausland die wirklichen Absichten Massigli durchschaut. Das nichts weniger als deutschfreundliche „Journal de Geneve“ spricht von einer „französischen Geste, die keineswegs ohne Egoismus“ sei. Der „Daily Herald“ nennt den Schritt des französischen Delegierten ein „überspitztes Manöver“ und registriert auch gleich das Echo, das es in Frankreich gefunden hat, mit den Worten: „Die Franzosen jubeln“. Die „Morning-Post“ sagt ganz offen, Deutschland sei nur zum Schein eingeladen worden.

Wenn im Zusammenhang mit solchen Äußerungen in der ausländischen Presse der Schluß gezogen wird, Deutschland sei nun in eine überaus peinliche Lage gekommen, so ist das allerdings reichlich abwegig. Die Peinlichkeit der Situation dürfte auf Seiten des Völkerbundes sein, der sich offenbar mit den leeren deutschen Plänen in seinen Reihen nicht ganz wohl fühlt, sonst hätte der Rat nicht soeben beschlossen, ihre Neubefragung zunächst bis zum Mai zu vertagen. Man hofft immer noch, sei es durch zur Schau getragene Liebenswürdigkeit, sei es durch die Verurteilung vermeintlicher Peinlichkeiten, den Schritt vom 14. Oktober, mit dem Deutschland dem Völkerbund den Rücken kehrte, ungeschehen zu machen. Warum, das ist ohne weiteres ersichtlich. Die Interessengemeinschaft der Siegerstaaten, die sich den Völkerbund als moralisches Aushängeschild schuf, wird auch in Zukunft ihre einseitige egoistische, Deutschland diskriminierende Politik fortzuführen bemüht sein. Vor der Welt sieht es besser aus, wenn diese Botschaften in Anwesenheit Deutschlands gefaßt werden, als wenn Deutschland nicht dabei ist. Man würde sich zwar in Zukunft, sofern der Geist des Völkerbundes nicht ein grundsätzlich anderer wird, durch deutsche Einwendungen ebenso wenig betren lassen wie in der Vergangenheit, aber man glaubt doch, die moralische Verantwortung nicht allein zu tragen, wenn der Name des Deutschen Reiches auf der Mitgliederliste des Völkerbundes steht.

In der jetzt zur Verhandlung stehenden Saargebietangelegenheit liegen die Dinge an sich so einfach, daß es zu ihrer befriedigenden Erledigung einer Mitwirkung Deutschlands garnicht bedarf. Der Versailler Vertrag bestimmt ganz klar, daß der Völkerbundsrat eine freie, geheime und unabhängige Abstimmung zu gewährleisten habe. Dafür die nötigen Vorkehrungen zu treffen, ist nicht schwer. Es kommt nur darauf an, daß Wortlaut und Sinn der vertraglichen Vorschrift anständig und loyal durchgeführt wird. Auch für die Aufstellung der Abstimmungslisten ist insofern eine unmißverständliche Richtlinie gegeben, als im Versailler Vertrag ausgesprochen ist, daß stimmberechtigt ohne Unterschied des Geschlechts jede Person ist, die zur Zeit der Abstimmung älter als 20 Jahre ist und zur Zeit der Unterzeichnung des Vertrages im Saargebiet gewohnt hat. Die Listen der danach abstimmungsberechtigten Personen, für die übrigen Vorarbeiten bereits vorhanden sind, auszustellen, ist eine lediglich bürokratisch-technische Angelegenheit, für deren Erledigung es die Bemühung der europäischen Diplomatie nicht bedürfen sollte. Der Völkerbundsrat in Genf wird weder mit noch ohne Deutschland irgend etwas beschließen können, was diesen vertraglich festgelegten Vorschriften widerspricht. Das praktische Problem der neutralen und gerechten Durchführung der Abstimmung ist nicht in Genf, sondern nur im Saargebiet selbst zu lösen. Auf die Haltung seiner Behörden wird es in den entscheidenden Phasen des weiteren Verlaufes der Dinge ankommen.

Deshalb bezieht sich die jetzige Ablehnung des Vorschlages Massigli auch nur auf die Teilnahme an den Beratungen des Völkerbundsrats in Genf. Sollte es sich später darum handeln, deutsche Vertreter in die Abstimmungskommission zu entsenden, so wäre das eine durchaus andere Angelegenheit, zu der die Stellungnahme der Reichsregierung noch absolut offen ist. Diese Abstimmungskommission, in deren Händen die technische Durchführung des Wahlrechts liegen würde, hätte unmittelbaren Einfluß auf das Verfahren. Und sie wäre nicht der Völkerbund.

Man irrt sich aber in Genf, wenn man glaubt, Deutschland sei am 14. Oktober in Wahrung seines unerfüllten Gleichberechtigungsanspruches aus dem Bunde ausgetreten, um auf das erste Winken hin zurückzukehren, obwohl sich in der Frage der Gleichberechtigung seit jenem Tage durch die Schuld des Völkerbundes nicht das Mindeste geändert hat.

Die Antwort nach Genf

Genf, 17. Jan. Der deutsche Konsul in Genf, Dr. Krauel, hat soeben dem Generalsekretär des Völkerbundes die folgende Antwort der Reichsregierung übergeben.

„Herr Generalsekretär! Indem ich den Empfang Ihres Schreibens vom 15. Januar mit verbindlichem Dank bekräftige, beehre ich mich Ihnen dazu mitzuteilen, daß die deutsche Regierung bei aller Würdigung der in der Sitzung des Völkerbundsrates vom 15. Januar vorge-

brachten Gesichtspunkte zu ihrem Bedauern aus grundsätzlichen Erwägungen davon absehen muß, an den Beratungen des Völkerbundesrates über Punkt 26 der Tagesordnung beizuwohnen. Genehmigen Sie usw. Gezeichnet Freiherr von Neurath."

Genf und die Saarfrage

Zur Wiederwahl der Regierungskommission

Berlin, 17. Jan. Die Wiederwahl der bisherigen Regierungskommission des Saargebietes erscheint recht bezeichnend. Wenn der Völkerbundrat die Regierungskommission in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung bestätigt hat, dann wird man sich fragen: Hätte der Austausch des einen oder anderen einen Wechsel gebracht und den berechtigten Interessen der Saarländer gedient? Wenn dies bezweifelt werden muß, dann wird letzten Endes die Aufgabe, die die Regierungskommission zu erfüllen hat, immer daran scheitern, daß das System falsch und die Methode verfehlt ist. Eine aus Ausländern zusammengewürfelte Regierung vertritt in dem Saargebiet keine Aufgabe erfüllen, eber in unerfüllbaren Kolonialbestrebungen. Angesichts der Tatsache dieses unwürdigen, aus Verfallener Geist geborenen Status bleibt die Personfrage eine solche zweiten Ranges.

Im übrigen ist die Entscheidung des Völkerbundesrates infolge von gewissem Interesse, als es den vom Saargebiet ausgehenden marxistischen Bestrebungen gelungen ist, das deutsche Mitglied der Saarregierung durch einen nichtarischen Gesinnungsgenossen zu ersetzen.

Genfer Gewaltpläne zur Vergewaltigung des Saargebietes

Genf, 17. Jan. In Genf häufen sich die Versuche, den Völkerbundrat zu veranlassen, „besondere Schutzmaßnahmen“ im Saargebiet zu treffen, um die durch „nationalsozialistischen Terror“ angeblich bedrohte Freiheit der Abstammung zu sichern. Dabei hat man ganz offensichtlich den Plan im Auge, die Fremdherrschaft im Saargebiet in der Abstimmungszeit durch Entsendung fremder Truppen oder Polizeikräfte noch zu verschärfen. Aus zuverlässiger Quelle verlautet, daß auch der am Montag hier eingetroffene Präsident der Regierungskommission des Saargebietes, der Engländer Knox, in Genf darauf drängt, daß ihm derartige Nachmittel zur Verfügung gestellt werden. Um für entsprechende Ratsbeschlüsse die notwendige Stimmung zu erzeugen, wird der angebliche Terror der Nationalsozialisten durch eine Fülle von Lügen, Entstellungen und Uebertreibungen glaubhaft zu machen versucht, dabei zeigt sich ein enges Zusammenspiel zwischen den berüchtigten kleinen landesverräterischen Cliquen im Saargebiet und der Regierungskommission selbst. Nicht umsonst ist eine angebliche Saarabordnung unter Führung der Landesverräter Max Braun und Petri in Genf eingetroffen, die sich bemüht, Völkerbundstreife und die hier versammelten internationalen Presseleute in diesem Sinne zu beeinflussen. Dabei schenkt man noch zwischen der Herberung nach Verschiebung der Abstimmung um mehrere Jahre, bis zur Wiederherstellung einer freien Abstimmung“ und einer Abstimmung, die unter fremden Bajonetten stattfinden soll. Auch außerhalb des Saargebietes wohnende deutsche Emigranten beteiligen sich an diesem üblen Spiel.

Zur Unterstützung aller dieser Maßnahmen ist vom Völkerbundsekretariat ein Schreiben des Regierungspräsidenten Knox an den Völkerbund bekanntgegeben worden, gleichzeitig mit einer Denkschrift der „Arbeitsgemeinschaft zur Wahrung der saarländischen Interessen“ und der „saarländischen Wirtschaftsgemeinschaft“, also ausgesprochen separatistischer Organisationen, die hier in Genf den Anschein erwecken wollen, als ob beträchtliche Kreise der Bevölkerung hinter ihnen stünden. Es handelt sich um ein winziges Häufchen von Landesverrättern, die in engster Fühlung mit der französischen Propaganda stehen. Diese Landesverräter warten nicht nur mit den bekannten Lügen auf, sondern „bitten den Rat, der Regierungskommission des Saargebietes im Hinblick auf die bevorstehende Abstimmung außerordentliche Vollmachten zu erteilen“.

Deutschland-Hege im französischen Senat

Paris, 17. Jan. Außenminister Paul Boncour kündigte in seiner Senatsrede den provisorischen Abschluß eines Balkanpakt an, dem Rumänien, Südbulgarien, Griechenland und die Türkei beitreten würden. Es bestünde die Hoffnung, meinte er, daß auch Bulgarien sich diesem Pakt anschließen würde. Die italienische Regierung, die diesem Pakt zunächst feindselig gegenübergestanden habe, stimme ihm jetzt zu. Im übrigen betreibe Frankreich eine entschlossene Völkerbundspolitik. Im Zusammenhang mit den Forderungen nach einer Reform des Völkerbundes sei Frankreich zu gewissen Anpassungen bereit, könne aber nicht zugeben, daß an die Grundzüge des Völkerbundes gerührt werde. Wenn die französische Regierung zur Abrüstungskonferenz gegangen sei, so habe sie das nicht getan, um den französischen Rüstungen einen Schlag zu versetzen, wie man in Reichkreisen behauptete, sondern weil Frankreich durch die Verträge dazu verpflichtet sei und weil die Abrüstung eine der höchsten Aufgaben des Völkerbundes darstelle. Wenn die Abrüstungskonferenz mißlinge, so würde es ein Verträgen geben. Frankreich werde dann alle Maßnahmen ergreifen, die die Umstände erforderten. Vorher aber wolle es alles tun, um die Abrüstungskonferenz zum Erfolg zu führen. Paul Boncour ging dann kurz auf die französische Denkschrift vom 1. Januar ein und erklärte, daß die darin gemachten Vorschläge die französische Sicherheit nicht gefährdeten.

Vor der Rede Paul Boncours hatte General Bourgeois das Wort ergriffen. Auch diesmal hat Bourgeois alles aufgeboten, um den Friedenswillen Deutschlands zu verleumden. Zunächst gab er eine Schilderung dessen, was er die Mobilisierungsmöglichkeiten Deutschlands im Jahre 1934/35 nannte. Er behauptete, Organisation und Ausbau der Reichswehr sei derart, daß sie bereits nicht mehr dem im Friedensvertrag vorgesehene Armeetypp entspreche. Es bestünde bereits ein Heereskommando. Die Reichswehr sei eine Führerschule und bilde ein Rahmenheer, das man später durch ausgebildete SS- und SA-Leute ausfüllen werde. Feldgrüne Uniformen zur Einkleidung der Mitglieder der politischen Verbände seien bereits in ausreichender Menge vorhanden, ja, es seien für sie sogar motorisiertes Kriegsmaterial und Pferde vorhanden. Dies ermögliche, sofort 20 bis 30 Divisionen auf die Beine zu bringen. Fast ebenso starke Truppenverbände habe der Grenzschutz (?) zu stellen, dessen Kriegsmaterial wahrscheinlich eingelagert sei.

Nach Paul Boncour ergriff als erster Millerand das Wort. Er erging sich in ziemlich maßlosen Ausfällen gegen Deutschland, von dem er behauptete, daß es den Frieden bedrohe. Wenn Deutschland die Revision der Verträge betreibe, so setzen sich 150 Millionen Menschen dagegen zur Wehr. Deutschland habe nicht nur ausgerüstet, sondern es verlange jetzt auch noch die Abrüstung der anderen. Wenn Deutschland neuerdings angeboten habe, sich einer für alle Staaten gleichmäßig geltenden Abrüstungskontrolle zu unterwerfen, und wenn es einen Nichtangriffspakt anbiete, so sei dem keine Bedeutung beizumessen.

Senator de Jouvenel erinnerte daran, daß Reichkanzler Hitler sich auf 40 Millionen Ja-Stimmen berufen könne. Das sei seine Stärke. Frankreich dürfe nicht den Eindruck erwecken, als ob es bei so schwerwiegenden Verhandlungen allein dastehe. Wenn die französische Regierung auf die deutsche Aufforderung zu Verhandlungen eingegangen sei, so könne man nicht behaupten, daß sie damit in eine Falle gegangen sei. Wenn man eine Gewaltpolitik vorschlägt, so müsse man auch bereit sein, die letzten Konsequenzen zu ziehen. Er höre immer wieder Redner, die von einer solchen Politik redeten, bisher habe aber noch niemand greifbare Vorschläge vorgebracht. Man müsse die betreffenden an ein Wort Friedriehs des Großen erinnern, der einmal mit Recht festgestellt habe, die gefährlichste aller Handlungen sei, das Gewehr in Anschlag zu bringen, dann aber nicht zu schießen. In den Verhandlungen, die augenblicklich zwischen Frankreich und Deutschland geführt werden, sei zu sagen, daß der Streit der Beteiligten nachgebrungen erweitert werden müsse, denn es gebe keine Frage, die beide Länder allein angehe. Man dürfe sich nicht von der deutschen Taktik leiten lassen, die darin bestehe, die Schwierigkeiten einzeln in Angriff zu nehmen, sondern man müsse sämtliche zwischen beiden Ländern schwebenden Fragen auf einmal anpacken, damit man sich über die Ziele der Politik jedes beteiligten Landes klar werde.

Am Donnerstag wird Ministerpräsident Chautemps die großen Richtlinien der französischen Außenpolitik entwickeln.

Aus Parteiamtlichen Bekanntmachungen

Der Stellvertreter des Führers:

NSA. Der Stellvertreter des Führers erläßt folgende Bekanntgabe:

Mit dem heutigen Tage tritt Pa. Reichsleiter Pö. Boublier in meinen Stab. Ihm obliegt die Bearbeitung kulturpolitischer Fragen, die in immer größerem Ausmaße an mich herangetragen werden. Die Stellung des Pa. Boublier als Reichsgeschäftsführer wird dadurch nicht berührt.

München, den 15. Januar 1934.

gez. Rudolf Dek.

Der Reichsgeschäftsführer:

NSA. Der Reichsgeschäftsführer erläßt folgende Bekanntgabe: In letzter Zeit hat der Anflug mehr und mehr Platz gegriffen, dienstliche Schreiben an die Reichsleitung der NSDAP. stets persönlich an die Reichsleiter und Amtsleiter zu richten. Ich weise wiederholt darauf hin, daß dieses Verfahren eine beträchtliche Erhöhung des Geschäftsaufwandes mit sich bringt und ersuche dringend, alle Dienstschreiben an die Reichsleitung der NSDAP. (Name der Abteilung), München 43, Postfach 80, zu senden.

Ich gebe hiermit kurz die einzelnen Abteilungen der Reichsleitung bekannt, für die die Post an obige Anschrift gesandt werden muß:

- Reichsleitungsverwaltung,
- Reichsgeschäftsführung,
- Reichs-NSDAP,
- Rechtsabteilung NSDAP,
- Reichspropagandaabteilung,
- Oberste Leitung der PD,
- NS-Frauenenschaft,
- NS-Betriebszellenabteilung,
- NS-Kriegsopferversorgung,
- Kommunalpolitische Abteilung,
- NS-Delegiertenrat,
- Kommission für Wirtschaftspolitik,
- Reichsjugendführung,
- Veralebund,
- Silko-Kasse,
- Oberste SA-Führung.

Briefe an die Reichszeugmeisterei sind an die Reichsleitung der NSDAP, Abteilung Reichszeugmeisterei, München, Schwantthalerstraße 53, zu richten.

Briefe an die Reichsführung SS sind an das Postamt München 43, Postfach 61, zu richten. Wer weiterhin Dienstschreiben persönlich an Reichsleiter und Referenten richtet, muß unliebsame Verzögerungen in der Behandlung seiner Sendungen erwarten.

Dagegen sind die für das Büro des Stellvertreters des Führers bestimmten Sendungen wie bisher zu richten: An den Stellvertreter des Führers, Herrn Rudolf Dek, München 43, Postfach 80.

München, 13. Januar 1934.

gez. Boublier.

Die Pfalz im neuen Reich

Berlin, 17. Jan. In Gegenwart des Reichsinnenministers Dr. Frick und des bayerischen Ministerpräsidenten Siebertz wird Samstag im Europahaus am Anhalter Bahnhof die große Ausstellung „Die Pfalz im neuen Reich — Schau der deutschen Westmark“ eröffnet werden. Die sehr umfangreiche Schau soll nicht eine Verkaufsmesse sein, sondern soll vielmehr Zeugnis ablegen von der großen geschichtlichen Vergangenheit dieses Kernlandes des ersten Reiches, von dem deutschen Volkstum der Pfalz, der wirtschaftlichen und kulturellen Bedeutung und der Schönheit dieser sonnigen Landschaft. In 25 Eisenbahnwaggons sind die Ausstellungsgegenstände nach Berlin geschickt worden. In der Ehrenhalle sind die Bilder der 8 deutschen Kaiser angebracht, die im Dom zu Speyer bearbeitet liegen. In diesem Raum werden auch die wertvollen Nachbildungen der Reichskleinodien gezeigt, die von 1125 bis 1273 auf dem Trifels, dem Heiligen Berg des ersten Reiches aufbewahrt wurden. Die Nachbildung ist aus Edelmetall und stellt einen Wert von einer Viertel Million Mark dar. An die neuere pfälzische Geschichte erinnern die Darstellungen aus der Besatzungszeit von 1918 bis 1920 und aus der Zeit der Separatistenkämpfe. Große Photographien

Kampf um Rosenburg

Roman aus Oberschlesien von Johannes Holstein.

42. Fortsetzung. Hochdruck verboten.

In dem Augenblick schlug rechts aus der Feldscheune eine helle Flamme empor und erleuchtete weithin alles. Der Funkenregen stob hoch in die Luft.

Es war ein furchtbares und grandioses Feuerwerk.

Sie standen machtlos.

Doch da schrie Willfried auf.

Deutete nach der anderen Seite!

Die beiden Schieber flammten eben auf.

Eine entsetzliche Angst packte Willfried! Das Gut war jetzt von allen verlassen.

Wenn die hundsföttischen Schufte auch das Gut in Brand steckten?

Weit leuchtete der Brandschein über die Felder.

Da sahen Willfrieds scharfe Augen ein Mann von dem Schieber, der da brannte, laufen.

„Bleibt hier! Dort ... steht den Brandstifter ... dort rennt er. Ich will den Burschen fassen!“

Er ritt über die Stoppeln, lenkte das Pferd auf den Feldrain und im scharfen Galopp verfolgte er den Fliehenden.

„den.“

„den.“

„den.“

„den.“

„den.“

„den.“

„den.“

„den.“

„den.“

„den.“

„den.“

„den.“

„den.“

„den.“

„den.“

„den.“

„den.“

„den.“

Quiech hatte in seinem Werkzeugkasten einen Draht-

schneider. Nach wenigen Augenblicken war der Weg frei.

Gas! Vorwärts ... nur vorwärts!

Das Gut war erreicht.

Die Soldaten rannten in wilder Eile der brennenden

Scheune zu. Feldwebel Lehmann konnte kaum mit. Jetzt

war ihm sein Bauch im Wege!

Die Feuerwehr von Rosenburg rückte aus. Als das

Auto zurück kam, um den zweiten Schub zu holen, da fuhren

sie los.

Die zurückgebliebenen Soldaten warteten schon zerspannt. Hui, wie der Wind waren sie oben ... auch

Schaffranz mit, der sein Pferd zurückließ.

Abermals ging nach Rosenburg.

Willfried hatte die Verfolgung des Brandstifters aufgeben müssen, denn er sah einen verdächtigen Rauch aus

der Scheune aufsteigen.

Er ritt nach dem Gut zurück.

Sah rechts von sich das Auto vorüberfahren. Rief

hinüber, aber die aufgeregten Soldaten sahen und hörten

ihn nicht.

Willfried trieb seinen Fuchs an.

Erreichte die Soldaten.

„Zurück nach dem Gut!“ befahl er. „Dort gibts nichts

mehr zu retten! Das Gut brennt!“

Augenblicklich machten sie kehrt, und im Dauerlauf

ging nach dem Gut.

Als sie in den Gutshof einströmten, da schlugen die

Flammen schon aus der Scheune, und Funken stoben nach

dem Stall hinüber.

„Die Wassereimer!“ befahl Willfried.

Sie wurden herangeholt. Drei Mann pumpten unauf-

hörlich an dem Brunnen. Eimer um Eimer wurde gefüllt.

Man legte eine Leiter an das Scheunengebäude, löschte

von oben.

Willfried selber ritz die Scheurentür auf, und ein dichter

Qualm wogte ihm entgegen.

Auf einmal schlug es aus der Scheune heraus.

Das Feuer hatte richtig Lust getrieben.

Da prasselte aber das Wasser unaufhörlich hinein.

Die Feuerspritze aus Dorf Rosenburg kam.

Knapp hinter ihr das zweite Auto.

Gothe disponierte.

Er befahl, daß die Schlauchleitung in den kleinen Teich

gelegt wurde. Die Pumpen wurden besetzt, und nach wenigen

Minuten prasselte der Strahl ins Feuer.

An den Stall wurden Leitern gelegt. Soldaten kletterten

aufs Dach. Man gab ihnen Eimer zum Löschen. Denn die

Funken stoben unaufhörlich.

Das erschreckte Vieh in den Ställen schrie.

Das Feuer in der Scheune wütete mit unverminderter

Gewalt weiter.

Willfried überlegte ... War die Scheune zu retten?

Er wechselte mit Gothe ein paar Worte.

Gothe schüttelte den Kopf.

„Wir können die Scheune nicht retten!“ schrie er laut.

„Der heiße Sommer ... Das Wasser wird alle! Wir

müssen versuchen, die anderen Gebäude zu retten!“

Willfried nickte.

Gab Ordres. Die Bauern hatten es alle schon eingesehen,

daß die Scheune nicht zu retten war. Das Feuer ließ

sich nicht aufhalten, und wenn das Wasser alle wurde, dann

bestand Gefahr, daß die anderen Gebäude mit niederbrannten.

Der Funkenregen wurde immer stärker.

Man hatte alle Mühe, die umherfliegenden Funken zu

löschen.

Aus der Nachbarschaft trafen die Wehren ein und

halfen mit.

Aber das Wasser war knapp. Die Feuerwehr von

Burkersdorf verfügte über eine lange Schlauchleitung. Man

legte sie nach dem Bache, der aber auch nur wenig Wasser

mit sich führte.

Das half etwas.

(Fortsetzung folgt).

haben die Schönheit der Pfalz vor unser Auge; südpfälzische Tabakbauernhäuser, herrliche romanische Kirchenbauten u. a. m. Von großem Umfang ist die kulturpolitische Abteilung. In drei Kabinen werden pfälzische Handwerkszeugnisse gezeigt. Von besonders großer Ausdehnung sind die Abteilungen Wein und Industrie. 139 Millionen Rebhölzer ergaben im letzten Jahr 43 Millionen Liter Wein. Das in der Pfalz Mandeln, Feigen und Getreidearten zeichnen, ist sicher nicht überall in Deutschland bekannt; ebenso das eine Kleinbahn den Namen „Pfeiffermühlbahn“ führt, da auf ihr dieses wohlriechende Gewürz verfrachtet wird, das in großen Mengen in der Pfalz erzeugt wird.

Langfristige Planungen im Arbeitsdienst

Arbeitsvorrat für zwei Jahrzehnte

Berlin, 17. Jan. Der Leiter des Amtes für Arbeitsplanung in der Reichsleitung des Arbeitsdienstes, Gauarbeitsführer Tholen, gab der Presse einen Überblick über die umfassenden Maßnahmen, die im Hinblick auf eine langfristige Arbeitsplanung für den Dienst getroffen worden sind. Hierbei handelt es sich in erster Linie um **Landeskulturarbeiten**, dann aber auch um Vorhaben auf dem Gebiete der **Stellung und der Fortwirtschaft**. In mäßiger Kleinarbeit ist es mit Unterstützung aller beteiligten Stellen gelungen, sich einen erschöpfenden Überblick über den gesamten Arbeitsvorrat, der hinreichend ist, um für zwei Jahrzehnte den Arbeitsdienst mit einem Durchschnittsjahrgang zu beschäftigen. Gauarbeitsführer Tholen wies darauf hin, daß die Bewältigung dieses Arbeitsvorrates für unsere Selbstversorgung mehr bedeutet, als ein Landgewinn im Umfange von einem Sechstel Deutschlands.

Um den Überblick möglichst anschaulich zu machen, wurden die erfassten Arbeitsvorkräfte auf einer großen Karte Deutschlands im Maßstabe 1:200 000 für die Reichsleitung eingetragen. Uebrigens hat jeder der 30 Gaue in Deutschland noch eine ähnliche Karte der Arbeitsvorkräfte zu Verfügung, und jede der 180 Gruppen des Arbeitsdienstes hat für ihr Gebiet einen ähnlichen Überblick aufgestellt.

Darüber hinaus sind andere weittragende Pläne aufgelegt. Ein Hinweis von Gauarbeitsführer Tholen gab die Richtung an: **Großzügige städtebauliche Planung**, so daß sich die Möglichkeiten für Arbeitsdienst und für die Arbeitsbeschaffung noch unüberschaubar steigern würden.

Eine Richtigerstellung des Reichsbauernführers

Berlin, 17. Jan. In der Presse findet sich eine von noch festzustellender Stelle gegebene Mitteilung, wonach der **Landesbauernführer der Provinz Hannover**, von **Abden**, sechs Bauern seiner Provinz wegen erschloffen Verhaltens die Bauernfähigkeit aberkannt und das Verfügungsrecht über ihren Hof auf ihre Kinder übertragen haben soll. Wie der Reichsbauernführer **A. Walter Darré** mitteilen läßt, entspricht diese Meldung nicht den Tatsachen und ist auch nicht von einer zuständigen Stelle des Reichsnährstandes veröffentlicht worden.

Eine Devisen-Affäre

Berlin, 17. Jan. Die Devisenaffäre des Schweizer Bankiers **Chrenspurger** nimmt immer größere Ausmaße an. Die Summe der ins Ausland verschobenen Devisen hat bereits die Höhe von **3 Millionen** erreicht. Bisher ist es leider erst gelungen, acht der Schuldscheine festzunehmen. Außer dem flüchtigen Chrenspurger sind noch weitere sieben Bankiers hervorgetreten an den Schiebungen beteiligt gewesen, denen es gelungen ist, über die Grenze zu entkommen. Es handelt sich um den Bankier **Charles Louis Speker** in Kilsberg bei Zürich, den Bankier **Julius Wapp** aus Berlin, den Bankier **Rudolf Herzfeld** aus Berlin, den Bankier **Konrad Sotky-Paris**, Leipziger in Paris, den Bankdirektor **Oskar Steinberg** aus Berlin (jetzt Paris), sowie den Bankdirektor **Baensiger** in Zürich. Gegen diese sieben Personen sowie gegen eine Vorführdame **Ladequitt** aus Berlin hat die Zollschatzungsstelle Berlin Haftbefehle erlassen.

Arbeiten des Wirtschaftsrats der Kleinen Entente

Prag, 17. Jan. Der ständige Wirtschaftsrat der Kleinen Entente hat bisher 15 Entschlüsse gefaßt. Der größte Teil betrifft den Verkehr auf der Donau und den Transport auf den Eisenbahnen. Die Redigierung des handelspolitischen Abkommens wird am Mittwoch abgeschlossen werden. Ein in Vorbereitung befindliches Einfuhrmoropol für Agrarprodukte dürfte eine wichtige Rolle spielen. Gegen eine zusätzliche Ausfuhr von Industriewaren aus der Tschechoslowakei nach Südrussland und Rumänien werden dort Agrarprodukte angekauft, die jedoch zum größten Teil nicht nach der Tschechoslowakei geschickt, sondern in anderen Staaten verkauft werden sollen. Der Wirtschaftsrat, der sich aus den 15 erwähnten Entschlüssen zusammensetzt, soll rückwirkend ab 1. Januar 1934 in Kraft treten.

Frankreichs Schrei nach „Sicherheit“

Mailand, 16. Jan. Der „Popolo d'Italia“ beschäftigt sich in einem offenbar von höchster Stelle inspirierten Leitartikel mit Ausführungen der französischen Zeitschrift „Le Monde“ über die „bedrohliche Sicherheit“ Frankreichs. Der „Popolo d'Italia“ zitiert wörtlich die Klagen der französischen Zeitschrift über die „unzureichende Bewaffnung, die mangelnden Kriegsmittel, die veraltete Fliegerei, die unzureichenden Seestreitkräfte“ und endigt mit der Feststellung der „Le Monde“, daß „Deutschland in juchender Bereitschaft sich anschickt, über den „friedlichen Schauplatz“ heranzufallen.“

Das italienische Blatt schreibt dazu mit beifälliger Ironie: „So, es ist wahrhaftig ein wirklicher Angriff, der sich vorbereitet zum Schaden des ganzlich wehrlosen, bescheidensten und arglosesten Volkes Europas. Hannibal steht vor den Toren mit einem Heer aus den modernsten und mächtigsten Waffen, die man sich vorstellen kann. Seine chemischen Industrien sind die mächtigsten der Welt, von seiner Luftwaffe ganz zu schweigen. Wie wird ihnen Frankreich widerstehen? Mit wehrlosen Schiffen? Mit armen Regnern? Mit jenen kleinen Flugzeuglein, die nicht mehr als eine Tonne Bomben tragen können?“ Der „Popolo d'Italia“ schließt lakonisch: Die drastischen Aufschneider der Gascogne sind in der Tat noch nicht ausgestorben. Sie nehmen den Karneval vorweg.

Rund 100 Tote und über 1000 Verletzte bei dem Erdbeben in Indien

Kalkutta, 17. Jan. Das schwere Erdbeben in Mittel- und Ostindien hat bisher mindestens **100 Todesopfer** und über **1000 Verletzte** gefordert. Durch die wiederholten Erdstöße, die auch am Dienstag an verschiedenen Stellen verspürt wurden, ist die Bevölkerung in eine große Panik geraten. In Patna-Bezirk allein sind über 60 Personen getötet und 407 Personen verletzt worden. In Gaya wurden 15 getötet, in Jamalpur 33. Auch aus vielen anderen Städten und Ortschaften liegen Meldungen

von Toten und Verwundeten vor. Von den **180 Häusern** in Jamalpur sind **130 eingestürzt**. Nahrungs- und Arzneimittel sind in einem Sonderzug nach der heimgesuchten Stadt abgefordert worden. Darjeeling, die Sommerresidenz des Gouverneurs von Bombay, ist durch neue Erdstöße am Dienstag zur Hälfte vernichtet worden. Schwere Schäden wurden auch in Allahabad und anderen Städten angerichtet. Die Linien der **Bengalen- und Nord-Ost-Bahn** sind stark beschädigt, so daß der **Zugverkehr unterbrochen** werden mußte. Bei Gorakhpur stürzten mehrere Brücken ein. Das indische Volk ist durch das große Naturereignis stark beeindruckt. Es mißt ihm teilweise eine religiöse oder politische Bedeutung bei. Insgesamt wurden am Montag **18 Erdstöße** aufgezeichnet.

Hunderte von Toten

Kalkutta, 17. Jan. Das schwere Erdbeben hat mehr Todesopfer gefordert und größeren Schaden angerichtet, als man ursprünglich annahm. Am schwersten ist der nördliche Teil von Bihar heimgesucht worden. In der Stadt **Muzaffarpur** stürzten etwa **12 000 Häuser** ein; Hunderte von Menschen kamen ums Leben. In der Stadt **Patna** sind **56 Tote** und über **400 Verletzte** zu beklagen.

Mag Braun „empfängt“

Genf, 17. Jan. Der hier eingetroffene Sozialdemokrat **Mag Braun** hat sich den internationalen Presseleuten in Genf als Vertreter der „**Deutschen Einheitsfront**“ im Saargebiet, der Liga für Menschenrechte usw. vorgestellt. Er hat weiter erklärt, er sei erschienen, „um den Völkerverbund auf die Uebergriffe und den Terror der Nationalsozialisten aufmerksam zu machen und ihm zu sagen, daß er die Pflicht habe, die Freiheit der geheimen Abstimmung zu sichern, bevor ein Datum für diese Abstimmung festgesetzt werde.“ Im übrigen „beantragt“ er die Verschiebung der Abstimmung um fünf bis zehn Jahre. Erbärmlicher als dieser Landesvertreter wäre es, wenn es der Völkerverbund und in ihm maßgebend vertretene Nationen wirklich mit ihrer Würde für vereinbar hielten, sich eines solchen Individuums für ihre Zwecke zu bedienen.

Letzte Nachrichten

Reinold Specht-Dortmund Mitglied der Akademie für deutsches Recht

Berlin, 17. Jan. Der Führer der Deutschen Rechtsfront, **Reinold Specht** aus Dortmund in Anerkennung seiner Verdienste und im Vertrauen auf seine gewissenhafte Mitarbeit an der deutschen Rechtserneuerung an die Akademie für deutsches Recht berufen.

Kein Europäer unter den Opfern der indischen Erdbebenkatastrophe

London, 17. Jan. Nach den bisher beim indischen Amt in London vorliegenden Meldungen über die indische Erdbebenkatastrophe befindet sich unter den Opfern kein Europäer.

Die mandchurische Kaiserproklamation am 20. Januar verschoben

London, 17. Jan. Wie Reuter aus Tschanatschun meldet, wurde dort durch Anschläge bekanntgegeben, daß die Ausrufung Puyis zum Kaiser am 20. Januar verschoben worden sei.

Todesstrafe gegen sechs Angeklagte im Nordprozess Blöder beantragt

Hamburg, 17. Jan. In dem Prozess wegen der Ermordung des Hamburger Hiltnerjungen **Otto Blöder** vor dem hanseatischen Sondergericht beantragte der Staatsanwalt gegen sechs Angeklagte die Todesstrafe, gegen die übrigen Angeklagten wurden Strafen von insgesamt **144 Jahren Zuchthaus** und sechs Jahren Gefängnis beantragt.

Großfeuer im Sankt-Josephshaus

Neuwied, 17. Jan. Das Großfeuer, das seit Mitternacht im Sankt-Josephshaus bei Waldbreitbach wütete, konnte eingedämmt werden. Der Dachstuhl und der Flügel, in dem die Wohnungen der Klosterbrüder untergebracht waren, ist vollständig vernichtet worden. Die Vorkarbeiten wurden durch unglückliche Wasserrohrbrüche stark behindert. Der anfänglich auf die Kirche und die Krankenanstalt gerichtete Wind schlug zum Glück plöglig um.

Typhusepidemie in einer südbulgarischen Stadt

Sofia, 17. Jan. In der südbulgarischen Stadt **Hastowo** ist eine Typhusepidemie ausgebrochen, die in den letzten Tagen einen besorgniserregenden Umfang angenommen hat. Bisher sind **182 Personen** erkrankt. Es handelt sich um Unterleibstypus in zunächst wenig bösartiger Form, so daß bisher nur wenige Todesfälle zu beklagen sind. Auf Anordnung der Regierung ist die Stadt vollkommen isoliert worden.

Ruhiger Verlauf der Araberkundgebungen in Palästina

Jerusalem, 17. Jan. Die von den Führern der gegen die jüdische Einwanderung gerichteten arabischen Protestbewegung für den heutigen mohammedanischen Feiertag seit Wochen vorbereiteten Araberkundgebungen wurden auf Anordnung der Regierung in allen Städten auf bestimmte Plätze und auf die Zeit von 7 bis 8 Uhr morgens beschränkt. Die Beteiligung war daher im allgemeinen nur gering. Zu größeren Zwischenfällen ist es nicht gekommen.

Amerika baut den größten Stratosphärenballon

Washington, 17. Jan. Die Heeresluftfahrt und die geographische Gesellschaft der Vereinigten Staaten veröffentlichen den Plan zum Bau eines neuen Stratosphärenballons, der größer als alle bisherigen sein soll und der alle Rekorde brechen soll. Der Riesenballon soll in eine Höhe von **24 000 Meter** steigen und von dort zu Versuchszwecken Luftproben mit sich unten bringen. Führer des Ballons soll **Major William Kepner**, ein bekannter Ballonfahrer der amerikanischen Luftfahrt, sein, während **Kapitän Stevens** die Aufgabe des Beobachters übernehmen wird.

Württemberg

Schuhhaft gegen Wirtschaftsschädlinge

Das Württ. Innenministerium — Württ. Politische Polizei — eilt mit:

Im Kampf gegen das gemeinschaftliche Treiben der wirtschaftsschädlichen Elemente sah sich das Württ. Innenministerium — Württ. Politische Polizei — im Einvernehmen mit dem Wirtschaftsministerium genötigt, in diesen Tagen eine Reihe von Verhaftungen vorzunehmen. Bei den dadurch Betroffenen handelt es sich um Angehörige einer ganz bestimmten Richtung des „**Auch-Unternehmertums**“, das mit dem anständigen, gewissenhaften und der Wirtschaft und der Volksgemeinschaft gegenüber

verantwortungsbewußten Unternehmertum nichts zu tun hat. Diese besondere Kategorie von Unternehmertum — im weitestlichen von unlauteren Geschäften lebend und die Gutgläubigkeit von Gläubigern und Lieferanten ausnützend — glaubte sich durch die formalistische Gesetzgebung und Rechtsprechung der vergangenen Epoche hinlänglich geschützt und frei von irgend welchen moralischen Hemmungen ihre dunklen Geschäfte durchzuführen zu können. Die berufenen Stellen nehmen diese Gelegenheit zum Anlaß, eindringlich darauf zu warnen, die echten Grundzüge des Wirtschaftens zu verletzen und zu verfälschen. Diese dürfen nicht und können niemals in einer einseitigen Bereicherung des einen Teiles der kontrahierenden Parteien ohne Gegenleistung bestehen, die seither im nicht nationalsozialistischen Staat durch Rechtsformen geschützt war, die infolge ihrer Lückenhaftigkeit strapellose Wirtschaftsbetätigung ermöglichten. Auf der anderen Seite hat sich auch hier ergeben, daß die Schädigungen vor allem deshalb einen so großen Umfang annehmen konnten, weil Handwerker und Kaufleute alle von berufenen Stellen ergangenen Warnungen leichtsinnig in den Wind schlugen und sich auf Geschäfte einließen, die infolge der besonderen rechtlichen Bindung, zusammen mit der persönlichen geschäftlichen Unzuverlässigkeit der Auftraggeber, sich verderblich auswirken mußten.

In einem Falle wurde der mehrfach vorbestrafte Bauunternehmer **Philipp Wolff** in Schutzhaft genommen, der, nachdem er bereits vor einem Jahrzehnt wirtschaftlich gescheitert war, es verstand, innerhalb der letzten drei Jahre nicht weniger als vier Unternehmungen zu gründen, die nacheinander zahlungsunfähig wurden.

Bei diesen Gründungen schützte sich Wolff vor dem Zugriff der Gläubiger durch die Uebertragung der Unternehmungen auf den Namen von Verwandten und Bekannten. Die durch die zuständigen Behörden durchgeführte Untersuchung ergab, daß sich immer wieder Geschäftsleute gefunden hatten, die trotz der notorious lieberlichen Geschäftsführung des Wolff immer wieder Waren- oder Barkredite gaben. Es wurden so innerhalb von drei Jahren eine Reihe von Handwerkern und Kaufleuten um rund **110 000 RM** geschädigt; beispielsweise betrug bei einer der Zahlungen einstellungen die Passiven rund **70 000 RM**, darunter etwa **63 000 RM** Handwerkerforderungen, denen an Aktiven lediglich **132 RM** gegenüberstanden. Da zu befürchten stand, daß auch durch die fünfte Neugründung des Wolff, für deren Geschäftsbaßis die von Wolff auch in früheren Fällen bevorzugte Methode der Uebertragung der gesamten Einrichtung des Geschäfts an eine ihm befreundete Kontoristin beziehungsweise Handwerkerkreise zu Schaden kommen würden, wurde er auf seinen eigenen Antrag hin, da er befürchtete, von den erditterten Gläubigern totgeschlagen oder verprügelt zu werden und, um weitere Schädigungen des Publikums zu vermeiden, in Schutzhaft genommen. Außerdem ist gegen ihn auf Grund der Bestimmungen der Gewerbeordnung ein Verfahren auf Unterjagung des Geschäftsbetriebs eingeleitet.

Verhältnismäßig harmlos nimmt sich dieser Fall gegenüber Wirtschaftsvorgängen aus, deren Urheber der Inhaber einer Stuttgarter Automobilhandlung ist, die sich einer Bauunternehmung angegliedert hatte. Diese eigenartige Verbindung zweier Geschäftszweige, die nicht gerade als in einem engen wirtschaftlichen oder technischen Zusammenhang lebend bezeichnet werden können, entstand auf Grund eines „**Geschäftsplanes**“, der von dem Inhaber der Automobilhandlung, **Mag Schmidt**, mit Hilfe seines jüdischen Angestellten **Tura Id**, der nacheinander das Gewerbe eines Zauberkünstlers, eines Kellereischmiedes und eines Wirtschaftsberaters ausübte, entworfen und ausgearbeitet wurde. Bei der Durchführung dieses Planes wußte der Leiter der „**Rechtsabteilung**“ der Schmidt'schen Unternehmen, der „**Syndikus**“ und frühere Portfeuilleier **Berel Rajman**, der — tatsächlich jüdischen Glaubens und fremder Staatsangehörigkeit — seinen Namen unbedeutenderweise in **Bernhard Reumann** umänderte, tatkräftig zur Seite zu stehen. Auf Grund des in einer regelrechten Denkschrift niedergelegten Planes wurde eine Abschmehmethode für Kraftfahrzeuge verwirklicht, die einzigartig hinsichtlich der Geschäftsmäßigkeit und der geradezu verbrecherischen Erfindungsoriginalität dasteht und von der der Bericht der Untersuchungsbehörde feststellt, daß sie — ausgesprochen jüdischer Geisteshaltung entsprungen — das Musterbeispiel einer Geschäftsgebarung darstellt, die unter völligem Verzicht auf eigene Leistungen davon ausgeht, unter Ausnützung der Notlage anderer Geld zu verdienen.

Der Plan ging darauf aus, Kraftfahrzeuge auf Gegengeschäft mittels handwerklicher Leistungen zu verkaufen, wozogen an und für sich nichts einzuwenden gewesen wäre. Schmidt legte es jedoch darauf an, Handwerker zu finden, die für den Kauf eines Autos nach ihrer gesamten persönlichen und wirtschaftlichen Lage gar nicht in Betracht kommen konnten, und zwar wurden die Interessenten durch unverfänglich gefasste Anzeigen in der Tagespresse angelockt. Schmidt ließ durch die Bauhandwerker eine Reihe von Häusern erstellen, wobei er auf Grund des Geschäftsplanes die gesamten handwerklichen Arbeiten in möglichst viele Einzelvergebungen teilte. Kaum ein Auftrag wurde von Schmidt ohne die Bedingung eines Gegengeschäfts vergeben, das darin bestand, daß nicht nur in Höhe des Betrages der ausgeführten Arbeiten eine Abnahmepflicht der Bauhandwerker auf Kraftwagen ausbedungen wurde, sondern er verstand es auch durch seine Ueberredungskünste, einen Teil der Handwerker zu bewegen, Gegenabläufe über den für die Bauarbeiten zu leistenden Betrag hinaus und sogar in mehrfachem Umfange desselben zu tätigen. Bei den Bauverträgen wurden fast regelmäßig rigorose Abstriche durchgeführt und so der Wert der geleisteten Arbeiten künstlich herabgesetzt. Da sich der größte Teil der Kontrahenten nicht in der Lage sah, die Wagen abzunehmen, wurde gerichtlich gegen sie vorgegangen, wobei sich Schmidt einen weit über die übliche Spanne hinausgehenden „**entgangenen Gewinn**“ errechnete und einlagte. Auf diese Art wurden die überwerteten Handwerker sogar die Schuldner ihres Auftraggebers.

Bei der durch die Polizei angeordneten Untersuchung hat sich weiteres belastendes Material hinsichtlich der sonstigen in gleich schädlicher Richtung gehenden Geschäftsbedingung des Schmidt ergeben. Nachdem anfangs die Bauverträge auf den Namen der Autostroma selbst gingen, sah sich Schmidt veranlaßt, um nicht selbst in den Vordergrund treten zu müssen, die Baumgeschäfte durch ein besonderes Unternehmen, das unter der Firma „**Probag**“ mit **Sig in Badag** (N) gegründet wurde, durchzuführen zu lassen. Dazu kam noch die Errichtung eines Tankstellenunternehmens im Zentrum der Stadt, dessen Geschäfts-kapital in Händen nahe Verwandter, die als Strohmänner zu fungieren hatten, lag. Die Geschäftsanteile des Unternehmens wurden später zu einem weit überhöhten Preis an einen Stuttgarter Ingenieur unter Verschleierung des wirtschaftlichen Wertes des Unternehmens abgestoßen.

Die im Laufe der Durchführung des Geschäftsplanes sich ergebenden zahlreichen Prozesse hatten u. a. auch zur Einleitung verschiedener staatsanwaltschaftlicher Verfahren geführt, die jedoch zu einer Zeit, in der die tatsächlichen Zusammenhänge nicht bekannt waren, aus formalrechtlichen Gründen gegenüber Schmidt und seinen Helfershelfern eingestellt werden mußten, wobei als charakteristisch zu erwähnen ist, daß Schmidt sich den bekannten Berliner jüdischen Anwalt **Dr. Alsberg** zum Verteidiger nahm. Auf Grund der eingehenden neuen Erhebungen ist gegen Schmidt ein gewerbepolizeiliches Unterjagungsverfahren eingeleitet worden, außerdem ist Schmidt zusammen mit seinen Komplizen in Schutzhaft genommen worden.

Heidenheim, 17. Jan. (Wechsel in der Leitung des Schwäb. Sängerbunds.) Wie die Württ. Zeitung erfährt, will Oberbürgermeister Käse mit Rücksicht auf sein Alter und seine in Aussicht genommene Ruhebesetzung im Jahr 1935 das von ihm mit viel Takt und Geschäftlichkeit ausgeübte Amt des Führers des Schwäb. Sängerbunds niederlegen.

Valkmerzhofen, Ost. Neresheim, 17. Jan. (3 willige 80 Jahre alt.) Am 20. Januar können die Zwillingsgeschwister Sebastian Frosch alt, Humelbauer, und seine Schwester Barbara Schön ihren 80. Geburtstag feiern. Frosch ist es außerdem noch vergönnt, mit seiner Ehefrau Anna im Juli das Fest der goldenen Hochzeit zu begehen.

Ebingen, 17. Jan. (Die Grippe geht um.) Die Grippe geht hier sehr stark um. Die Ärzte haben alle Hände voll zu tun. Das Tauwetter, mit dem es nun wirklich ernst geworden, dürfte höchst wahrscheinlich dem ungunstigen Gast nicht wenig Vorjubel leisten.

Von der bayerischen Grenze, 17. Jan. (Von einem Lastwagen tot gedrückt.) Infolge Glatteis kam ein Lastwagenzug aus Stuttgart auf der Hohen Straße bei Obererbach nach Ueberwindung der Hälfte des Berges nicht mehr weiter. Der Lenker kuppelte den Anhänger ab. Der Wagen verlor das Gleichgewicht und stürzte in einen Graben. Der Mitfahrer Schmidt, der die Bremse bediente, wollte im letzten Augenblick abpringen, wurde aber von dem umstürzenden Wagen erfasst und zu Tode gedrückt.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Meldepflicht für österreichische Staatsangehörige in Bayern. Die bayerische Presse veröffentlicht folgende Anordnung: Sämtliche österreichische Staatsangehörige haben sich bis spätestens Samstag, den 20. Januar 1934, mittags 12 Uhr bei den zuständigen Bezirksverwaltungsbehörden unter Vorlage ihres Passes zu melden.

Die nationalsozialistischen österreichischen Flüchtlinge in Ungarn. Die 117 nationalsozialistischen österreichischen Flüchtlinge wurden aus dem Lager von Allerheiligen in drei großen Waggons nach Belfesgynle an der Südgrenze Ungarns gebracht.

Sechs Wochen Arrest für Frauenfeld. Amtlich wird mitgeteilt, daß die Sicherheitsdirektion der Stadt Wien Frauenfeld mit 6 Wochen und den Chefredakteur der „Deutschnösterreichischen Tageszeitung“, Schattensproh, mit 3 Wochen Arrest bestraft habe.

Doppelhinführung in Dessau. Am Mittwoch morgen wurden im Hof des Dessauer Gerichtsgefängnisses der Wächter Karl Hans und der Korbmacher Wilhelm Bieser, die durch Urteil des Dessauer Schwurgerichts vom 13. Juli 1933 wegen Ermordung des SA-Mannes Giesler in Heddingen (Anhalt) zum Tode verurteilt worden waren, mit Handbeit durch den Scharfrichter Engelhardt hingerichtet. Die Hinrichtung ist die erste in Anhalt seit 1886.

Bier Tote bei einem Autounfall in Frankreich. Ein schwerer Automobilunfall ereignete sich auf der Landstraße von Aix nach Marseille. Ein mit 5 Personen besetztes Automobil fuhr in voller Fahrt auf einen in Fahrt befindlichen Lastkraftwagen auf. Es kamen bei dem Unglück ums Leben: der Sohn und die Tochter eines Gymnasialprofessors in Marseille, eine Medizinstudentin aus Marseille und der Eigentümer des Wagens. Der fünfte Insasse kam mit verhältnismäßig leichten Verletzungen davon.

Die Ursache der Flugzeugkatastrophe von Corbigny. Die Untersuchung über die Ursache des schweren Flugzeugunglücks bei Corbigny hat ergeben, daß die Katastrophe auf den heftigen Sturm zurückzuführen ist. Das Flugzeug hatte einen Teil seiner Steuerung verloren, gehörte dem Führer nicht mehr und ist auf dem Boden zerschellt. Man vermutet, daß die Insassen sofort tot waren. Teile des Apparates wurden etwa 1,5 Kilometer von der eigentlichen Unglücksstelle entfernt aufgefunden.

Aus dem Gerichtssaal

Schwerer Straßenraub eines Zwanzigjährigen

Stuttgart, 16. Jan. Wegen eines verübten Verbrechens des schweren Straßenraubes und der Münzfälschung wurde der 20jährige Schreiner Reinhold Schwarz von Heidesheim von der Großen Strafkammer des Landgerichts Stuttgart zu fünf Jahren sechs Monaten Zuchthaus und fünfjährigem Ehrverlust verurteilt. Außerdem wurde auf Zulässigkeit der Stellung unter Polizeiaufsicht erkannt. Der Angeklagte, ein erblich schwer belasteter Mensch, hatte im September 1933 im Verein mit zwei unbekanntem auf der Landstraße zwischen Lindach und Eberbach im badischen Bezirk Rosbach das Auto eines Mannheimer Ingenieurs mittels einer über den Weg gehaltenen starken Baumstange angehalten und ihn unter Vorhaltung zweier Kinderbrowningpistolen zum Aussteigen gezwungen, in der Erwartung, der Lenker werde darauf die Flucht ergreifen, worauf die beiden den Wagen nach bekannten Muttern bei der Beraubung einer Bank auf dem Lande zu benützen gedachten. Nur dem Umstand, daß im gleichen Augenblick aus der entgegengesetzten Richtung ein Auto herannah, war es zu danken, daß der Ueberfall mißlang. Außerdem hatte der Angeklagte sich dadurch Geld zu verschaffen versucht, daß er Zweipennigstücke mit Silberpapier umwickelte, auf dem vorher Vorder- und Rückseite eines Fünzigpennigstückes abgedruckt worden waren. Ein Versuch, diese plumbe Fälschung praktisch zu benützen, wurde allerdings nicht unternommen.

Der frühere Restaurateur der Staatlichen Gemäldegalerie, Professor Hauzer, vor Gericht

Berlin, 16. Jan. Vor der vierten Strafkammer des Landgerichts begann am Dienstag der Prozeß gegen den früheren ersten Restaurateur der Staatlichen Gemäldegalerie, Professor Alois Hauzer, wegen Betrugs und schwerer Urkundenfälschung. Gewisse Kreise des Kunsthandels hatten die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Professor Hauzers ausgenutzt und sich von ihm gegen geringe Bezahlung Gutachten nach ihren Wünschen ausstellen lassen. Nach dem Ergebnis der Voruntersuchung hat Hauzer in dem letzten Jahr Hunderte von bewußt unrichtigen Gutachten erstattet, wobei er sich häufig noch als Restaurateur der Staatlichen Museen bezeichnete, obwohl er bereits 1928 aus dieser Stellung ausgeschieden war. Die Kunsthandler, für die Professor Hauzer arbeitete, haben durch dessen Gutachten phantastische Summen verdient. Neben Hauzer haben sich noch zwei Händler, Willy Borchardt und Alfred Joseph, wegen gemeinschaftlichen Betrugs, schwerer Urkundenfälschung, Untreue und Unterschlagung zu verantworten.

Ludwig Renn vor dem Reichsgericht

Leipzig, 16. Jan. Unter der Anklage vom Hochverrat wurde dem Reichsgericht am Dienstag der 45jährige Schriftsteller Ludwig Renn aus Berlin-Strelau zur Aburteilung vorgeführt.

Der Angeklagte entstammt einer alten sächsischen Adelsfamilie. Er war aktiver Offizier und machte den Krieg als Bataillonskommandeur mit Unter dem Pseudonym Ludwig Renn gab er die bekannten Bücher „Der Krieg“ und „Nachkrieg“ heraus. Er wurde später Mitglied des sog. Aufbruchkreises, der von zehn Offizieren im März 1931 anlässlich des Uebertritts des Ulmer Reichswehrleitnants Scheringer aus der NSDAP in die SPD gegründet wurde. — Die Anklage wirft Renn vor, in der Zeitschrift „Der Aufbruch“ hochverräterische Artikel geschrieben und in kommunistischen Versammlungen durch Vorträge staatsverleugende Propaganda getrieben zu haben. Ludwig Renn, dem zwei Wahlverteidiger zur Seite stehen, bekannte sich zu Beginn der Verhandlung offen und rüchlos zu den kommunistischen Zielen.

Hereingefallen

Kottweil, 17. Jan. Durch Urteil des hiesigen Schöffengerichts war der in Altenhofen bei Memmingen geborene ledige, 36jährige Kaufmann Jakob Huber wegen Betrugs im Rückfall und erschwerter Untreue zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden. Er legte gegen das Urteil Berufung ein, ist damit aber schwer hereingefallen, denn die Große Strafkammer verurteilte ihn zu zwei Jahren Zuchthaus.

Handel und Verkehr

Amtliche Berliner Devisenkurse vom 17. Januar

Suenos Aires (1 Pap. Beso)	0,700	0,704
London (1 Pfund)	13,246	13,265
Newyork (1 Dollar)	2,607	2,613
Amsterdam-Rotterdam (100 Gulden)	108,73	109,07
Brüssel-Antwerpen (100 Belg.)	58,34	58,46
Kopenhagen (100 Kr.)	59,14	59,26
Oslo (100 Kr.)	66,53	66,67
Paris (100 Fr.)	16,44	16,48
Prag (100 Kr.)	12,455	12,475
Schweis (100 Fr.)	81,12	81,28
Stockholm-Gothenburg (100 Kr.)	68,28	68,42
Wien (100 Schilling)	47,20	47,30

Reichsbankausweis vom 15. Januar

Berlin, 17. Jan. Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 15. Januar 1934 hat sich in der verfloßenen Bankwoche die gesamte Kapitalanlage der Bank in Wechseln und Schecks, Lombards und Wertpapieren um 186,4 Millionen auf 3439,3 Millionen RM. verringert. Im einzelnen haben die Bestände an Handelswechseln und Schecks um 201,7 Millionen auf 2765,0 Millionen RM. und die Bestände an „sonstigen Wertpapieren“ um 1,1 Millionen auf 320,5 Millionen RM. abgenommen, dagegen die Lombardbestände um 1,4 Millionen auf 64,1 Millionen RM., die Bestände an bedungungsabigen Wertpapieren um 6,3 Millionen auf 275,7 Millionen RM. und die Bestände an Reichsschatwechseln um 8,7 Millionen auf 14,0 Millionen RM. zugenommen. An Reichsbanknoten und Rentenbanknoten zusammen sind 115,0 Millionen RM. in die Kassen der Reichsbank zurückgeflossen und zwar hat sich der Umlauf an Reichsbanknoten um 112,0 Millionen auf 3354,1 Millionen RM., derjenige an Rentenbanknoten um 3,0 Millionen auf 308,6 Millionen RM. verringert. Der Umlauf an Scheidemünzen nahm um 51,7 Millionen auf 1391,4 Millionen RM. ab. Die Bestände der Reichsbank an Rentenbanknoten haben sich auf 40,3 Millionen RM., diejenigen an Scheidemünzen unter Berücksichtigung von 1,4 Millionen RM. neu ausgeprägter und 1,1 Millionen RM. wieder einbezogener auf 289,0 Millionen RM. erhöht. Die fremden Gelder seien mit 457,0 Millionen RM. eine Abnahme um 38,7 Millionen RM. Die Bestände an Gold und bedungungsabigen Devisen haben sich um 8,1 Millionen auf 391,5 Millionen RM. vermindert. Im einzelnen haben die Goldbestände um 5,7 Millionen auf 383,5 Millionen RM. und die Bestände an bedungungsabigen Devisen um 2,1 Millionen auf 8,0 Millionen RM. abgenommen. Die Dedung der Noten betrug am 15. Januar 11,1 gegen 11,5 Prozent am 6. Januar d. J.

Märkte

Heilbronner Schlachttiermarkt vom 16. Jan. Auktions: 2 Ochsen, 6 Bullen, 16 Jungbullen, 36 Jungstiere, 12 Kühe, 114 Kälber, 27 Schweine. Alles verkauft. Preise: Ochsen 24—27, Bullen 20—27, Jungstiere 25—30, Kühe 13—21, Kälber 25—33, Schweine 44—48 Pfa. Marktverlauf: mäßig belebt.

Viehpreise, Ebingen: Kühe 160—230, Kalbellen 230—390, Jungvieh 95—160 RM. — Kottweil: junge Arbeitspferde 600—850, ältere Pferde 150—380, schwere Schlachtpferde pro Paar 700—820, Ansehline 450—550, trächtige Kühe 220—350, Wurfkühe 80—150, trächtige Kalbinnen 220—350, Rinder 80 bis 220 RM. — Waldsee: Farren 140—220, Ochsen 200 bis 330, Kalbellen 250—350, Jungstiere 90—170 RM. — Pfullendorf: Ochsen 250—360, Kühe 150—320, Kalbinnen 220—350, Rinder 140—200, Farren 200—275, Jungvieh 80—130 RM.

Nürnbergers Hofmarktbericht vom 16. Jan. Keine Zufuhr. 50 Ballen Unja, Hallertauer 200—235, Württemberger 200 RM. Tendenz unverändert.

Bruchsal, 17. Jan. (Tabakversteigerung.) Bei der Tabakversteigerung wurden circa 30 000 Zentner Tabak versteigert, hauptsächlich badischer und württembergischer Tabak wurde angeboten. Baden erzielte einen Durchschnittspreis von 45—52 RM. und Württemberg 55—66 RM. per Zentner. Es erzielten: Kaisersweber per Zentner 64 RM., Dordingen 64, Schülingen 63, Großvillars 62, Illingen 59, Knittlingen 59, Schmie 58, Riemzingen 56, je für Hauptgut. Maulbronn unfortiert 53,50 RM. Es hat sich gezeigt, daß nur Qualitätsware einen ausgiebigen Preis erzielte.

Allgäuer Butter- und Käsepreise vom 17. Jan. Markenbutter 1. Sorte 125, 2. Sorte 123, Sennbutter 116, Bauernbutter 86, Weichkäse 23—26, Hartkäse unzerhackt; Allgäuer Emmentaler 1. Sorte 70—72, 2. Sorte 65—67, Marktkaese etwas lebhafter.

Herausgeber und Verlag: Buchdruckerei und Verlagsanstalt Württembergischer Tagblatt, Württembergischer Redaktions- und Druckereibetrieb (Zsh. H. G.) Gm. H. 12. 68: 789.

KAUFHAUS SCHOCKEN PFORZHEIM

Besonders preiswerte Baumwollwaren

Rohnessel starkfädige, solide Qualität, 76 cm breit Meter 0.24	Wäschetuch vollweil gebleicht, dicht eingestell, 80 cm breit Meter 0.35	Linon mittelstarke, dicke Wäschequalität, 80 cm breit Meter 0.36	Halbflanell gebleicht, einseitig gerauht, 76 cm breit Meter 0.38	Hemdenflanell Körper gestreift, Strapazierqualität, 75 cm breit Meter 0.38	Hemdenflanell feinfarbig, gestreift, dicke Qualität, 70 cm breit Meter 0.33	Pyjamaflanell verschiedene Muster 70-90 cm breit Meter 0.38	Bettuchbiber weiß, dicke Strapazierqualität, 150 cm breit Meter 0.95
Bettuchnessel extra schwere, süddeutsche Qualität, 140 cm breit, m 0,76, 140 cm breit Meter 0.68	Bettuch-Haustuch weiß, leicht gemangelt, außergewöhnlich haltbar, 142 cm breit Meter 0.98	Bettzeug farbig, gebleicht, dicke Gebrauchsqualität, 130 cm breit, m 0,76, 80 cm breit Meter 0.50	Straitdamast vollweil gebleicht, dicke Aussteuerqualität, 130 cm breit Meter 0.78	Bettlamast kräftige dicke Gebrauchsqualität, 130 cm breit Meter 0.98	Bettlamast Reinmako, seidenglänzende Qualität, 130 cm breit Meter 1.28	Köperinlett echt nachrot, garantierter federdicht, 130 cm breit, m 1,88, 80 cm breit Meter 1.18	Küchenhandtuch Halbleinen oder Leinen, grau gemustert, gesäumt und gebändert, 45x100 cm Meter 0.38
Wischtuch Baumwolle, dicht, saugfähig, rot oder blau kariert, ungesäumt, 70x100 cm Meter 0.20	Damast-Handtuch schwere Halbleinen-Qualität, gesäumt und gebändert, 48x100 cm Meter 0.58	Damast-Tischtuch volle, schwere, vollweil gebleichte Qualität, verschiedene Muster, 130x160 cm Meter 1.95	Bettuch vollweil gebleicht, Haustuch, Siuhware mit Hohlraum, 150x225 cm Meter 1.95	Kopfkissenbezug dichter Kretonne, 3 seitig gelagert oder 4 seitig Hohlraum, 80x80 cm Meter 0.88	Haustuch-Bettuch mit allmächtig verstärkter Mitte, mit Hohlraum, 150x225 cm Meter 2.65	Oberleintuch mit dazu passenden Kissen, mit großem, schwerm Sticker-Einsatz, zut. Meter 4.85	Paradekissen Limon, versiebelt mit Sticker, garniert, Einsatz und Stöcken Meter 1.95

Die Maße geben die ungefähren Breiten und Größen an.

Wir suchen tüchtige, ehrliche Persönlichkeit als Bezirksleiter

für Betrieb und Auslieferung eines glänzend begutachteten Verbrauchsartikels, der bei hohem Einkommen höhere Dauerexistenz gewährt. Für Lagerhaltung ist ein Barkapital von RM. 120.— erforderlich. Keine Reisefähigkeit.

Bavozon-Werk, Neutlingen (Württ.)

Sämtliche Geschäfts- u. Familien-Drucksachen liefert schnell und preiswert die Druckerei des Würtbader Tagblatt.

Unterstützt das heimische Gewerbe!

An unsre Mitarbeiter . . .

Wer für die Presse schreibt, wendet sich an alle Volksgenossen, gebildete und ungebildete. Er hat die Pflicht, seine Beiträge in eine einfache und klare Sprechform zu kleiden, die frei ist von entbehrlichen Fremdwörtern. Auch das ist ein Weg zur Volksgemeinschaft! Wir bitten unsere Mitarbeiter, als Führer voranzugehen — der Leser wird's danken!

. . . und unsre Anzeigenkundschaft!

Der Werberat der deutschen Wirtschaft hat bestimmt: „Die Werbung hat in Befinnung und Ausdruck deutlich zu sein.“ Müßige Anzeigen, die dem nicht entsprechen, wirken nicht. Unwirksame Anzeigen sind weggeworfenes Geld. Wer Geld wegwirft, treibt Volkerverrat! Wir bitten daher unsere Kunden, nur sprachlich faubere und geschmackvolle Anzeigen aufzugeben — der Erfolg wird's lohnen!

Verlag und Schriftleitung

Zwangsversteigerung.

Es werden öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert am Freitag den 19. Januar, nachm 3 Uhr:
1 Schreibisch
1 Rolladenstränken
1 Schreibmaschine
1 Blechwanne mit Schmierseife
1000 Stück Ueberfall Wildbad
1 gold. Halskette und Brosche
Einige Flaschen Weinbrand und Likör, ferner 90 Rollen Badefalz.

Zusammentunft: Pfandlokal, Gerichtsvollzieher Lauder.

Wir empfehlen unseren stets frisch gebrannten **Kaffee**

Haushalt-Mischung 1/4 Pfund 65 ¢
Familien-Mischung sehr kräftig 1/4 Pfund 70 ¢
Feinste Spezial-Mischung 1/4 Pfund 80 ¢

Feinkosthaus Grossmann
Zsh.: R. J. Mann, Tel. 328.
NB. Kaffee u. Malzkaffee wird auf Wunsch elektr. gemahlen.

Visitkarten
Tagblatt-Geschäftsstelle.